

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Verdi-Forderung angesichts schwieriger Branchenlage unrealistisch

- **Ulrich Sieber: „Sonderkonjunktur schränkt Verteilungsspielraum erheblich ein“**
- **Staatsschuldenkrise und Eigenkapitalanforderungen belasten Banken auf absehbare Zeit**
- **Kein tariflicher Handlungsbedarf bei verschiedenen Sachthemen**

Berlin, 18. Januar 2012. Die Banken-Arbeitgeber haben die Gehaltsforderung der Gewerkschaft Verdi in Höhe von 6,0 Prozent für die anstehende Tarifrunde (Beginn: 1. März) als unrealistisch zurückgewiesen. Ein solcher Wert wecke falsche Erwartungen und werde der schwierigen Branchenlage nicht gerecht. „Die Branche unterliegt einer Sonderkonjunktur, die den Verteilungsspielraum erheblich einschränkt“, sagt Banken-Verhandlungsführer Ulrich Sieber.

Inmitten eines spürbaren Konjunkturabschwungs, der voraussichtlich auch auf das Bankgeschäft durchschlagen werde, seien die Kreditinstitute gleich mit einer ganzen Reihe von Zusatzbelastungen konfrontiert: Die Staatsschuldenkrise erzeuge an den Finanzmärkten weiterhin große Unsicherheit, die Banken müssten neben Wertberichtigungen auch deutlich höhere Refinanzierungskosten verkraften. Zusätzlich engten die erheblich verschärften Eigenkapitalvorschriften den Handlungsspielraum der Institute ein. In dieser Situation sei es oberstes Gebot, die Belastung auf der Kostenseite gering zu halten, um den bereits bestehenden Druck auf die Beschäftigung abzumildern. „Als Tarifparteien können wir mit einer maßvollen Lohnpolitik dazu beitragen, möglichst viele Arbeitsplätze langfristig zu sichern“, so Sieber.

Wer in diesem Umfeld die allgemeine Gehaltsentwicklung zum Maßstab mache, verkenne die Branchensituation. Die Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre seien der anhaltend schwierigen Lage der Banken angemessen gewesen. Der Verteilungsspielraum bemesse sich danach, was in Zukunft möglich und realistisch sei.

Keinen Handlungsbedarf auf der Tarifebene sehen die Arbeitgeber beim betrieblichen Gesundheitsschutz. Hier hätten die Banken seit Unterzeich-

nung der Erklärung der Tarifparteien Mitte 2010 das bereits hohe Niveau der betrieblichen Leistungen noch einmal deutlich übertroffen. Ulrich Sieber: „Wir setzen die Empfehlungen der gemeinsamen Erklärung um und haben in allen Punkten Fortschritte erzielt. Hier sind weitergehende Tarifregelungen das falsche Signal.“ Eine Erhebung des AGV Banken zeigt, dass sich der Anteil der Institute mit umfassendem Gesundheitsmanagement innerhalb eines Jahres verdoppelt hat und mittlerweile neun von zehn Beschäftigten Präventionsangebote ihres Arbeitgebers nutzen können. „Damit sind wir auf dem besten Weg, beim Gesundheitsschutz die tarifpolitisch angestrebte Vorreiterrolle in der deutschen Wirtschaft einzunehmen“, so Sieber. Die Banken-Arbeitgeber verweisen zudem darauf, dass der Krankenstand im Kreditgewerbe weiterhin der niedrigste aller Branchen ist und zuletzt sogar gegen den Trend rückläufig war.

Die Verdi-Forderungen zum Umgang der Banken mit ihren Beratern sind aus Sicht der Arbeitgeber nicht nachvollziehbar. So hätten die Institute ihre Vertriebssysteme angepasst, indem sie die Kundenzufriedenheit in den Vordergrund gerückt und Ziele modifiziert hätten. Auch die Qualifikation der Berater habe ein hohes Niveau, das durch laufende Schulungen gehalten werde. Darüber hinaus nähmen die Arbeitgeber die Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeiter ernst; naturgemäß sei aber jede Kundenbeschwerde als Einzelfall zu behandeln, generelle Tarifregelungen seien dafür der falsche Ansatz. Ulrich Sieber: „Die Banken sind verantwortungsvolle Arbeitgeber, die ihren Beschäftigten den Rücken stärken. Wir können unseren qualifizierten Mitarbeitern jedoch nicht die Eigenverantwortung im Rahmen ihrer Tätigkeit abnehmen.“

Die Forderung nach der Verlängerung von Vorruhestandsansprüchen über das Jahresende 2012 hinaus stößt bei den Arbeitgebern auf Unverständnis. „Wir sind heute in deutlich stärkerem Maß als noch vor einigen Jahren auf das Wissen, die Erfahrungen und Kontakte älterer Mitarbeiter angewiesen“, sagt Ulrich Sieber. Ein tariflicher Anspruch auf Frühpensionierung passe nicht mehr in die heutige Arbeitswelt, zumal bereits öffentlich über eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters diskutiert werde.

Dem AGV Banken gehören rund 130 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit 150.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der

AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen. Vorsitzender des AGV Banken ist Ulrich Sieber, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG.

Presseinformation

Berlin,
18. Januar 2012
Seite 3

Pressekontakt: Carsten Rogge-Strang
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74